

Zeitschrift: Der Freidenker [1927-1952]
Herausgeber: Freigeistige Vereinigung der Schweiz
Band: 18 (1935)
Heft: 7

Artikel: Zwischen gestern u. morgen
Autor: Staiger, R.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-408570>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 06.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

FREIDENKER

ORGAN DER FREIGEISTIGEN VEREINIGUNG DER SCHWEIZ

Erscheint regelmässig am 1. und 15. jeden Monats

Sekretariat der F. V. S.
Bern, Gutenbergstr. 13
 Telephonanruf 28.663
 Telegrammadresse:
Freidenker Bern

Mein Sozialismus ist einfach Liebe zum Nächsten,
 Humanität. Masaryk.

Abonnementspreis jährl. Fr. 6.—
 (Mitglieder Fr. 5.—)
 Sämtliche Mutationen bezügl. des Abonne-
 ments, Bestellungen etc. sind zu richten
 Transifach 541, Bern

Zwischen gestern u. morgen

Von *R. Staiger*, Bern.

Noch sind keine 2 Jahre verflossen, seit die «Katholische Jungmannschaft» versuchte, eine «Volksinitiative gegen die Gottlosenpropaganda» zu lancieren und Nationalrat Dr. Müller im Parlament seine «Motion gegen die Gottlosenpropaganda» vorbrachte. Bekanntlich wurde aus der mit allen dem politischen Katholizismus zur Verfügung stehenden Propagandamitteln verkündeten Volksinitiative eine Todgeburt, und die Motion Müller, die Bundesrat Häberlin nur als Postulat annahm, hat dank der senkrechten und charaktervollen Stellungnahme des damaligen Vorstehers des Justiz- und Polizeidepartements dasselbe Schicksal erlitten. Auch als die Geschäftsberichts-Prüfungskommission sich mit der Erledigung des Postulats Müller durch den Bundesrat nicht einverstanden erklärte, wurde an dieser Tatsache nichts geändert.

Seit diesem Gestern hat sich die politische, wirtschaftliche und kulturelle Lage unseres Landes stark geändert. Im politischen Kräfteverhältnis sind Verschiebungen eingetreten, die vor allem als Reaktion auf die im Leerlauf endende rückschrittliche hurrapatriotische Bewegung zu werten sind. Dieser «Viel Lärm um nichts», der von den frontistisch-reaktionsären Kreisen aufgeführt wurde, dieser übertriebene Nationalismus, der sein Rezept aus den politischen Küchen von Berlin und Rom bezog, hat ein erfreuliches Aufwachen wahrer Heimat- und Vaterlandsliebe bewirkt, die in jedem Volksgenossen einen Bruder und in jedem Menschen auch ausserhalb der bei uns so nahen Grenzpfähle einen Mitmenschen sieht.

Die Ereignisse in den uns umgebenden Diktaturstaaten haben selbst einen grossen Teil derjenigen, die für unsere Demokratie nichts oder wenig mehr übrig hatten, die Augen weit geöffnet für die immerbleibenden Werte, die die Demokratie der diktatorischen Gewaltregierung voraus hat in einem Staat, wo die Menschen einigermassen reif sind, um durch selbständiges Denken in das Räderwerk einzutreten, das die Geschicke des Landes ausmacht.

Die Freigeistige Vereinigung hat sich von jeher in ihrer Tätigkeit streng auf den Boden der Demokratie gestellt, sowohl im Innern wie gegen aussen. Wir haben dieser konzessionslosen Stellungnahme grosse Opfer gebracht, um der Reinheit unserer Bewegung willen. Heute dürfen wir mit Genugtuung feststellen, dass diese Opfer von gestern sich gelohnt haben. Nicht dass die Mitgliederzahl unserer Vereinigung sprunghaft gewachsen wäre — das ist nicht möglich bei einer Bewegung, die anstelle dogmenhafter Schlagwörter selbständiges Denken verlangt — aber die Richtung, die wir von jeher im öffentlichen Leben einschlugen, ist in vielen Teilen die Richtung Tauseender und Abertausender geworden. Wir

haben im offenen Kampfe um die Ziele unserer Bewegung, so wie sie in unsern Statuten festgelegt sind, Bundesgenossen erhalten. Grosses, neue Bewegungen sind aufgetaucht, die sich in vielen Fällen unsere Ziele zu den ihren gemacht haben. Die wirtschaftliche Not, die Sorge um ein menschenwürdiges Dasein aller Mitmenschen, die Nutzlosigkeit der oft unmenschlichen Gewaltmassnahmen der faschistischen, nationalsozialistischen und klerikalen Regierungen unserer Nachbarstaaten haben mitgeholfen, im Volke jenen Geist neu zu beleben, der das eigentliche Wesen der Demokratie ausmacht. Durch die durchsichtigen Pläne derjenigen, denen unsere Bundesverfassung zu fortgeschritten ist, haben Tausende gelernt, unsere freiheitlichen Rechte neu zu schätzen. Die Gefahr der Verproletarisierung weitester Bevölkerungsschichten, die bisher stolz darauf waren, zum Mittelstand zu gehören, hat wesentlich dazu beigetragen, dass unter der gemeinsamen Fahne der Demokratie sich Menschenmassen zusammenfanden, die sich gestern noch entweder feindlich gegenüberstanden, oder doch gleichgültig nebeneinander herlebten. Der «bürgerlich» Gesinnte, der das Gespenst Not oder Arbeitslosigkeit vor sich auftauchte, hat Verständnis bekommen für den Kampf des «proletarischen» Arbeiters um eine wirtschaftliche und damit kulturelle Besserstellung, und der Arbeiter hat beim Angestellten, beim Gewerblieb, ja sogar beim mittellosen Akademiker, unerwartet Leidensgenossen gefunden. Diese «verwandten Seelen» haben sich zusammengefunden, um gemeinsam unter der Fahne der Demokratie mit legalen Mitteln soviel als möglich von dem wegzuräumen, was den so viel geschmähten «marxistischen Klassenkampf» ausmachte — die Klassengegensätze. Noch hat die oberste Landesregierung diesen Grundsatz nicht zum eigenen gemacht, aber wenn der Wille, unsere *liberale Demokratie*, die wirtschaftlich und daher auch menschlich und kulturell eine ungerechte Verteilung von Rechten und Pflichten gebracht hat, zur *sozialen Demokratie* umzuformen sich immer deutlicher und dringender zeigt und immer grössere Massen *denkender* Menschen um sich sammelt, dann wird auch die oberste Landesbehörde sich diesem Willen beugen müssen. Wie die ungerechten Klassengegensätze verschwinden sollen, illustriert uns Urs Dietschi (Schweizerische Rundschau, Sonderheft vom 15. Mai 1934):

«Wenn die schweizerische Arbeiterschaft ihre Minderwertigkeitsgefühle verlieren und als gleichberechtigter und gleichbeachteter Stand den übrigen Ständen sich verbünden soll, dann müssen die Richtlinien der Arbeiterbefreiung und des Arbeiterschutzes in der Verfassung auf jeden Fall sichtbaren und verpflichtenden Ausdruck finden: Gerechte Behandlung, grundsätzliches Recht nicht nur auf Arbeit, sondern auch auf *Mitarbeit* am Unternehmen, Anspruch auf nach den gegebenen Umständen angemessenen Lohn.»

Wirtschaftliche Gründe, Krise und Not, haben so zu einer volksverbindenden Einigung geführt, die nicht nur zu einer Stütze der formellen Demokratie geworden ist, sondern die darüber hinaus Kräfte schafft, die am weitern Ausbau der formellen Demokratie zur tatsächlichen Demokratie, zur wirklichen Gleichberechtigung, arbeiten.

Schon diese Feststellung ist für uns Freidenker der Freigeistigen Vereinigung durchaus erfreulich, denn auch wir sind Kämpfer für die demokratische Gleichberechtigung, nicht nur auf wirtschaftlichem und politischem, sondern vor allem auf kulturellem Gebiet. Durch «diese Förderung sozialer Werke und Bestrebungen», wie sie ja auch in unsrern Richtlinien festgelegt ist, wird aber auch der erste und wichtigste Programmfpunkt, der *unsere* Gleichberechtigung bringen soll, die «Trennung von Staat und Kirche, Schule und Kirche», neuen Impuls erhalten. Die enge Verbundenheit von Kirche und Staat wird gerade im Kampfe um die wirtschaftliche Gerechtigkeit auch politischen Gruppen offenbar, die bis anhin Religion als Privatsache behandelt wissen wollten. Die katholische Aktion leistet gerade in dieser Beziehung wertvolle Aufklärungsdienste und bringt uns in unserm Kampfe Bundesgenossen, die, wenn sie auch keine eigentlichen Freidenker sind, doch selbstständig genug denken, dass sie die Zusammenhänge erkennen und bei einer Vertiefung in die Fragen der Demokratie und Wirtschaft einsehen, dass, solange Staat und Kirche Verbündete sind, der politische Einfluss der katholischen Kirche derart gross ist, dass nicht einmal die tatsächliche Durchführung der verfassungsmässigen Freiheitsrechte möglich ist, geschweige denn deren Ausbau. Es ist erfreulich, feststellen zu können, wie diese Einsicht sich ganzer Parteien und politischer Bewegungen bemächtigt. Die schweizerische Sozialdemokratie hat sich am letzten Parteitag eindeutig zur Demokratie bekannt. Die frontistischen Bewegungen haben derartig gearbeitet, dass selbst aufrichtige Anhänger, die aber anständige Menschen bleiben wollten, nicht mehr mitmachen konnten. Im Gegensatz hierzu haben Erneuerungsbewegungen, die sich auf den Boden der Demokratie stellen, wie die Leser und Anhänger der «NATION», nicht nur zahlenmässig grosse Fortschritte gemacht, sondern auch bereits grosse politische Erfolge errungen. Immer breiter wird der Boden, auf den sich diejenigen stellen, die um den Ausbau unserer Demokratie in ernster Sorge sind. Immer zahlreicher werden diejenigen, die einsehen, dass die Entwicklung der sozialen Demokratie aus der liberalen erst möglich ist und nur dann Bestand haben kann, wenn die Kulturgüter des Liberalismus nicht angetastet werden, wenn Gläubens- und Gewissensfreiheit hochgehalten werden, nicht nur

in der Verfassung, sondern auch in der Tat. Es ist schon so, wie Max Schnetzer in der «Nation» vom 8. März im Leitartikel schreibt:

«Nicht das Volk ist, sondern die Führer sind dem liberalen Gedankengut untreu geworden. Dadurch liefern sie die Demokratie der römischen Kirche, die Freiheit der Intoleranz aus.»

Es ist begreiflich, dass die konservative Presse Feuer und Galle speit gegen Politiker und Presse, die solche Wahrheiten so unverhüllt ins Volk tragen, besonders seit diese «Einheitsfront der Demokratie» zwei Vertreter neu ins Parlament gewählt hat: den bündnerischen Demokraten Dr. Lardelli gegen die freisinnig-konservative Allianz in den Ständerat und den Schaffhauser Bauernvertreter Paul Schmid-Ammann in den Nationalrat.

Der Erfolg dieser wirklich demokratischen politischen Richtung hat mitgeholfen, dass auch in den «historischen» Parteien, besonders im Freisinn, der linke Flügel wieder sich zu regen beginnt und man sich wieder darauf besinnt, dass die heutige Verfassung ein Produkt des Liberalismus ist und dass es für die politischen Erben dieser einst im Kultukampf siegreichen Richtung doch gar zu schmählich wäre, wenn nur andere politische Gruppen die freisinnige Verfassung gegen die gutorganisierte Reaktion verteidigen und ausbauen müssten.

Es gab von jeher einige freisinnige Blätter, die auch in kultureller Beziehung wirklich freisinnig waren und auch wagten, gegen die politiktreibende Kirche aufzutreten. Die reaktionären Verfassungsrevisionspläne haben nun auch solche Zeitungen, die bisher in der politisierenden katholischen Kirche keine Gefahr für die verfassungsmässigen Freiheitsrechte mehr sehen wollten, gezwungen, Farbe zu bekennen. Und schon ist (trotz Hoppeler!) die katholisch-protestantische Allianz gegen die Freigeistige Vereinigung, deren Mitglieder mit dem Schlagwort «Gottlose» als moralisch minderwertig und staatsgefährlich hingestellt wurden, in Brüche gegangen. Seit etwa 40 fortschrittlichen Zeitungen regelmässig den «Freidenker» erhalten, liest man in der Tagespresse zwar nicht mehr viel über die Bestrebungen unserer Bewegung — das ist doch noch zu gefährlich! — aber die Redaktionen scheinen dem «Freidenker» doch soviel minimale Aufmerksamkeit und Zeit zu widmen, dass sie immer deutlicher erkennen, dass das, was die klerikale Front in ihrer Presse und in ihrer Wanderschaubude (Anti-Gottlosen-Ausstellung) aus der Freigeistigen Bewegung gemacht hat, ganz und gar nicht der Wirklichkeit entspricht. Die freigesinnten protestantischen Theologen beginnen sich von ihren katholischen Kollegen zu distanzieren. Dies beweist ein Referat über die *konfessionellen Artikel der Bundesverfassung*, das der Chefredaktor vom «Bund»

Feuilleton.

Vom Politiker Goethe.

Von Arthur Seehof.

(Schluss)

So soll Goethe in einem Gespräch mit dem durchaus freiheitlich gesinnten Professor Lüden vollkommen eindeutig über die «Freiheitskriege» gegen den «alten Europäer» Napoleon sprechen. «Glauben Sie ja nicht! — so meinte er — «dass ich gleichgültig wäre gegen die grossen Ideen Freiheit, Volk, Vaterland. Nein, diese Ideen sind in uns ... Auch mir liegt Deutschland warm am Herzen. Ich habe oft einen bitteren Schmerz empfunden bei dem Gedanken an das deutsche Volk, das so achtbar im Einzelnen und so miserabel im Ganzen ist. Eine Vergleichung des deutschen Volkes mit anderen Völkern erregt uns peinliche Gefühle; ich glaube an die Zukunft des deutschen Volkes, das deutsche Volk verspricht eine Zukunft und hat eine Zukunft. Aber jetzt sprechen wir von der Gegenwart. Setzen wir den Fall, dass Napoleon besiegt würde, gänzlich besiegt. Nun? Was soll nun werden? Sie sprechen von dem Erwachen, von der Erhebung des deutschen Volkes und meinen, dieses Volk werde sich nicht wieder entziehen lassen, was es errungen und mit Gut und Blut erkauf hat, nämlich die Freiheit. Ist denn wirklich das Volk erwacht? Weiss es, was es will und was es vermag? Haben Sie das prächtige Wort vergessen, das der ehrliche Philister in Jena seinem Nachbar zurief, dass jetzt nach dem Abzug der Franzosen

seine Stube gescheuert sei und die Russen bequemlich empfangen könne? ... Und ist denn jede Bewegung eine Erhebung? Erhebt sich, wer gewaltsam aufgestöbert wird? ... Und was ist denn erungen oder gewonnen worden? Sie sagen die Freiheit. Vielleicht aber würden wir es richtiger Befreiung nennen; nämlich Befreiung, nicht vom Jöche der Fremden, sondern von einem fremden Jöche. Es ist wahr, Franzosen sehe ich nicht mehr und nicht mehr Italiener, dafür aber sehe ich Kosaken, Baschkiren, Kroaten, Magyaren, Kässuben, Sämländer, braune und andere Husaren.» (Wer unter «braune und andere Husaren» (das Ganze auf die Gegenwart übertragend) SA. und SS. usw. verstehen will, der mag es ruhig tun. Goethe dürfte ihm deshalb kaum gram sein, weil er der «nationalen Revolution» des Nationalsozialismus gewiss noch skeptischer, noch feindlicher gegenüberstehen würde als dem Aufgestöbertsein mit schliesslichem Debacle von 1813.)

Es ist Goethe gewesen, der geschrieben hat: «Es gibt keine patriotische Kunst und keine patriotische Wissenschaft.» Goethe, mit seinem Leben wie in seinen Schriften (die ja nur Ausdruck seines Lebens sein wollen) gegen das Geschehen im heutigen zeugend, nannte den Nationalhass «ein eigen Ding» und schrieb dann weiter: «Auf den untersten Stufen der Kultur werden Sie ihn immer am stärksten und heftigsten finden. Es gibt aber eine Stufe, wo er ganz verschwindet und wo man gewissermassen über den Nationen steht und man ein Glück oder Wehe seines Nachbarvolkes empfindet, als wäre es dem eigenen begegnet. Auf welcher Stufe hiernach der Nationalsozialismus rangiert ... Dass seine Führer für den Dichter weiterhin nicht «Männer von göttlicher Natur» sind (wie so manch-

E. Schürch, im Februar anlässlich der Jahrestagung der schweizerischen freigesinnten protestantischen Theologen in Bern hielt, dem wir folgende Stelle entnehmen:

«Die konfessionellen Artikel sind nicht einer totalitären Staatsauffassung entsprungen, sondern haben den Zweck, den inneren Frieden zu schützen. Diesen Dienst haben sie dem Staat in den letzten 60 Jahren geleistet. Es wäre ein kaum zu verantwortendes Wagnis, in der spannungsreichen Gegenwart durch ihre Abänderung vermutlich neue konfessionelle Kämpfe herauszufordern.»

Noch vor einem Jahre wäre es nicht möglich gewesen, dass im offiziellen schweizerischen Organ der Freisinnigen Partei neben andern auch der Walliser Nationalrat *Crittin* als Nachfolger von Bundesrat Schulthess genannt und empfohlen wird, falls die welschen Freisinnigen Anspruch auf den frei werdenden Bundesratsitz erheben. *Crittin* war doch anlässlich der von Nationalrat Dr. Müller im Nationalrat heraufbeschworenen sog. «Gottlosendebatte» der einzige bürgerliche Parlamentarier, der eindringlich davor warnte, auf das Postulat einzugehen, das in Wirklichkeit eine Aufhebung der Glaubens- und Gewissensfreiheit bedeute.

Auch andere kulturelle und politische Gruppen erkennen immer deutlicher die katholisch-reaktionäre Gefahr und ihr Ziel. René Sonderegger ist in seinen *kulturpolitischen Schriften* ein ebenso geistreicher als mutiger Kämpfer gegen die Verkirchlichung des Staates (siehe letzte Nummer des «Freidenker»). Die Schweizerische *Völkerbundsvereinigung* hat ebenfalls erkannt, dass die Glaubens- und Gewissensfreiheit eine unerlässliche Grundlage für den Völkerfrieden bildet und hat nach längerer Diskussion über eine Eingabe der Sektion Luzern betreffs Internationalen Schutz der Glaubens- und Gewissensfreiheit folgende Resolution angenommen:

«In ihrer Jahresversammlung in Burgdorf hat sich die Schweizerische Völkerbundsvereinigung eingehend mit einem Antrag der Sektion Luzern beschäftigt, der den internationalen Schutz der Glaubens- und Gewissensfreiheit fordert. Sie bekannte sich vorbehaltlos zu den Grundsätzen der Glaubens- und Gewissensfreiheit, die eine unerlässliche Grundlage für den dauernden Frieden bilden und wird in ihrer nächsten Tagung zu den Möglichkeiten der Verwirklichung des Vorschlags endgültig Stellung nehmen.»

In unserer Wirksamkeit für «die Förderung der Bestrebungen für den Völkerfrieden» haben wir in der EUROPA-UNION einen weitern Bundesgenossen gefunden, mit dem eine Zusammenarbeit sehr wohl möglich ist. Seit die schweizerische Bewegung für die Vereinigung und Verständigung der Völker und Länder Europas, sich von der Pan-Europa-Bewegung den Grafen Coudenhove frei gemacht hat, ist sie auf dem besten Wege, eine bedeutende Volksbewegung zu werden. Jetzt, auf demokratischer Basis, bei volkstümlichen

mal gepredigt!), sagen vielleicht diese Worte: «Welchen Weg musste nicht die Menschheit machen, bis sie dahin gelangte, auch gegen Schuldige gelind, gegen Verbrecher schonend, gegen Umnenschliche menschlich zu sein!» Gewiss waren es Männer von göttlicher Natur, die dies zuerst lehrten. Und keine Nationalsozialisten, noch überhaupt der «Vaterländerley» ergebene Deutsche, von denen Goethe am 3. Mai 1827, vielleicht etwas unmutig, einmal sagte: «Es können noch ein paar Jahrhunderte vergehen, ehe man von Deutschen sagen kann, es sei lange her, dass sie Barbaren gewesen.» Diese Barbaren machten ihn schliesslich so unglücklich, dass er sich am 24. August 1823 gezwungen sah, an Zelter zu schreiben, die «Vaterländerley der Deutschen» erzeuge eine Atmosphäre, in der man «täglich von der Auszehrung genagt an Unsicherheit kränkelt und, um nur leben und forzuzuweben, sich aufs schmähestle selbst befügen muss». Endlich macht er gar den fast phantastischen Vorschlag, «die Deutschen wie die Juden in alle Welt zu verstreuen; denn nur auswärts seien sie erträglich.» (Was bei den Nationalsozialisten auch schon nicht mehr der Fall ist.)

Der Dichter des «Prometheus», dieses gewaltigen und trotzigen Freiheitsrufes, der auch schrieb:

«Eedel sei der Mensch,
hilfreich und gut!
Denn dies allein
unterscheidet ihn
von allen Wesen,
die wir kennen.»

Mitgliederbeiträgen, verdient die Europa-Union auch unsere Unterstützung, und ich darf aus eigener Erfahrung heraus unsern Gesinnungsfreunden den Beitritt zu dieser Front des Friedens und der wirtschaftlichen Verständigung nur empfehlen.

Wenn wir allen diesen Tatsachen Rechnung tragen, so dürfen wir Freidenker der Freigeistigen Vereinigung mit Genugtuung feststellen, dass unser Weg der richtige war. Seit kaum 2 Jahren hat sich eine erfreuliche Einsicht in die Zusammenhänge zwischen Kirche (vor allem der römischen) und Politik Bahn geschafft, die für die Zukunft nicht nur für unsere Bewegung, sondern was wichtiger ist, für das ganze Land Gutes verspricht. Verschiedene unserer Zielpunkte sind das erstrebenswerte Ziel anderer bedeutender Bewegungen geworden. Helfen vor allem wir Freidenker überall dort freudig mit, wo unser Gewissen vor uns selbst und vor den Menschen dies zulässt, d. h. da, wo der Toleranzgedanke uns diese Mitarbeit ermöglicht! So kommen wir vielleicht in unsern kleinen Lande wieder einmal dazu, dem grossen Europa Vorbild zu sein und verhelfen dadurch den ungezählten Tausenden, die Zwang und Not geistig und körperlich verkümmern lässt, wieder zu einem menschenwürdigen Dasein. Freiheit und Gerechtigkeit in jeder Beziehung und für alle Menschen! Diesem grössten letzten Endziel dient ja auch unsere Forderung der *Trennung des Staates von der Kirche*. Auch damit wollen wir Freidenker keine Vorrechte, sondern *gleiches Recht für alle*, statt ungleiches Recht und ungleiche Pflichten.

Masaryks Kampfstellung gegen Theologie und Kirche.

Die Bedeutung der Welt- und Lebensanschauung als massgebender Richtungsweiser im privaten und öffentlichen Leben ist selten so einwandfrei nachweisbar wie beim tschechoslowakischen Staatspräsidenten Dr. Masaryk. Trotzdem haben selbst führende schweizerische Zeitungen sich redlich bemüht, die Einstellung des Freidenkers Masaryk zu Kirche und Christentum bewusst zu verschleiern. Aber gerade das, was Masaryk als Mensch Grosses leistete und noch leistet, ist seiner freigeistigen Welt- und Lebensanschauung entsprungen. Dieser Tatsache sucht der folgende Artikel gerecht zu werden. «Der Freidenker» betrachtet sich zu dieser notwendigen Ergänzung des Bildes des tschechischen Staatsmannes um so mehr berechtigt, als Präsident Masaryk anlässlich unserer Gratulation zur selten eindeutigen Wiederwahl als Staatsoberhaupt dem «Freidenker» auf offiziellem Wege seinen Dank übermittelte.

Redaktion.

Anlässlich des 85. Geburtstages des Staatspräsidenten der tschechoslowakischen Republik, Prof. T. G. Masaryk, sind zahl-

der in seinem «Ruf der Genien» bekannte: «Pfeiler, Säulen kann man brechen, aber nicht ein freies Herz», Johann Wolfgang Goethe (von: «Als man mir das Adelsdiplom gab, glaubten viele, wie ich mich möchte dadurch erhöhen fühlen. Allein, unter uns, es war mir nichts, gar nichts.»), Goethe also hatte (wie kaum anders denkbar) äusserst klare und eindeutige Vorstellungen von der sozialen Struktur der Gesellschaft. Heisst es einmal bei ihm: «Republiken habe ich gesehen, und das ist die beste, die dem regierenden Teil Lasten, nicht Vorteil gewährt», so ist an anderer Stelle zu lesen: «... wir haben es soweit gebracht, dass oben immer in einem Tage mehr verzehrt wird, als unten in einem beigebracht werden kann», und «Lied der Holzhauer» («Faust», II. Teil) heisst es schliesslich:

«Nur Platz! nur Blösse!
Wir brauchen Räume,
wir fällen Bäume,
die krachend schlagen:
und wenn wir tragen,
da gibt es Stösse.
Zu unserem Lobe
bringt dies ins Reine;
denn wirken Grobe
nicht auch im Lande,
wie kämen Feine
für sich zustande,
so sehr sie witzten?
Des seid belehret;